

lesezeichen

„Die Interessen der Studierenden gehen zwischen Stadt und BImA verloren.“

– Darmstädter Stadtverordneter zur Wohnungsnot

Zeitung des AStA der TU Darmstadt | Ausgabe WS11/12 | Gratiszeitung | www.asta.tu-darmstadt.de



*603qm – Wie geht es weiter?
Wohnungsnot in Darmstadt
Projekt Fahrradwerkstatt
Besetzung Justus-Liebig-Haus*



AStA
TU Darmstadt

Wintersemester 2011/12 – Sonderausgabe

Editorial

Liebe Studierende, wieder einmal neigt sich ein Wintersemester an der TU Darmstadt dem Ende zu und wird abgelöst durch die oft stressige Klausuren- und Prüfungszeit. Aber trotz des Lernstresses möchten wir, der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTa) der TU Darmstadt, euch in dieser Sonderausgabe der ASTa-Zeitung präsentieren, was dieses Semester kulturell und politisch rund um den Campus so los war und was noch kommt. Um eine Sonderausgabe handelt es sich bei dieser Zeitung deshalb, weil wir euch trotz Zeitdrucks noch vor der vorlesungsfreien Zeit über die drängendsten studentischen Belange informieren wollten - daher ist diese Zeitung mit 8 Seiten eher kurz gehalten.

Besonders die Erstsemester*innen dieses Wintersemesters werden kurz vor Beginn oder noch während ihres Studiums mit einem schwerwiegenden Problem in Darmstadt konfrontiert gewesen sein - der massiven Wohnungsnot. Wir als ASTa setzen uns dafür ein, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in Darmstadt geschaffen wird. In dieser Zeitung könnt ihr mehr darüber erfahren, woran es gerade hängt und was wir als Studierende aktiv tun können, um unseren Forderungen nach mehr Wohnraum nachhaltig und entschieden Ausdruck zu verleihen.

Auch das Komitee für freie Bildung forderte im Rahmen der Besetzung des Justus-Liebig-Hauses im November 2011 unter anderem mehr erschwinglichen Wohnraum in Darmstadt - aber lest selbst über die Besetzung und ihre vielfältigen Ziele auf S. 6. Um schließlich

zu verdeutlichen, dass trotz exorbitanten Mietkosten und der herrschenden Wohnungsnot Verbindungen und Burschenschaften, die oft günstige Zimmer anbieten, keine sinnvolle Alternative darstellen, berichten wir auf S. 8 über die Verbindungs- bzw. Burschenschafts-problematik.

Lest in dieser Sonderausgabe außerdem Hintergrundinformationen zu der Situation im 603qm und, wie es künftig mit dem allseits beliebten Gewerbe weitergeht. Darüber hinaus berichten wir über den Fortschritt unseres Fahrradwerkstatt-Projekts, über die soziale Verantwortung, die Naziaufmärsche am 13. und 18. Februar 2012 in Dresden zu blockieren und warum die Wanderausstellung „Residenzpflicht - Invisible Borders“, die sich momentan in Marburg befindet und bald ins 603qm kommt, absolut sehenswert ist!

Wie bisher auch wurde das Lesezeichen komplett ehrenamtlich von verschiedenen Referent*innen des ASTa nach eigener Schwerpunktsetzung verfasst, woraus die stilistische und inhaltliche Vielfalt dieser Zeitung entstanden ist.

- Für Anregungen und Kritik sind wir natürlich stets offen und freuen uns, wenn DU dich einbringen möchtest! -

In diesem Sinne wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen dieser Sonderausgabe und eine schöne vorlesungsfreie Zeit!

Euer ASTa der TU Darmstadt

Neue ASTa-Homepage

Der ASTa bekommt zu diesem Wintersemester eine neue Homepage. Verbessert wird damit die Sichtbarkeit der Service- und Beratungsangebote des ASTa. Aktuelle hochschulpolitische Themen können ebenso wie Projekte des ASTa in den Vordergrund gestellt werden. Die Darstellung von Neuigkeiten ist wesentlich übersichtlicher gestaltet. Das Design ist komplett

neu erarbeitet und orientiert sich am neuen ASTa-Logo, der Eule.

Fragen, Anregungen oder Kritik könnt ihr gerne an euler@asta.tu-darmstadt.de schicken.

Das Bild zeigt eine Vorabversion des Designs und unterliegt Veränderungen.



Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Homepage	2
603qm - wie geht es weiter	3
Wohnungsnot	4
Besetzung Justus-Liebig-Haus	6
Ausstellung Residenzpflicht	6
Fahrradwerkstatt	7
Dresden Nazifrei	8
Burschis & Verbindungen	8

Impressum

lesezeichen. Zeitung des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (ASTa) der Technischen Universität Darmstadt

Ausgabe 2, Juni 2011

Redaktion: Iris Conrad, Alexander Lang,

Falko Rimmler, Jan-Martin Steitz,

Deniz Zengin, Stephan Voeth

Layout: Stephan Voeth, Matthias Speck,

Sebastian Ankenbrand, Jan-Martin Steitz

Satz: Matthias Speck

Vi.S.d.P.: Alexander Lang

Titelbild: Matthias Speck &

Jan-Martin Steitz

Auflage: 3000

Kontakt

zeitung@asta.tu-darmstadt.de

www.asta.tu-darmstadt.de

ASTa TU Darmstadt

Hochschulstr. 1

64289 Darmstadt

ASTa-Sitzungen

Stadtmitte S103/62b
Dienstag und Donnerstag 17:00

Büro

Stadtmitte
Geb. S103, Raum 56
Hochschulstr. 1
64289 Darmstadt
Mo, Do, Fr: 9:30 - 15:00
Di, Mi: 9:30 - 13:00 & 13:30 - 17:00

Lichtwiese
Mensa Geb., Glaskasten
Petersenstraße 14
64287 Darmstadt
Mo, Fr: 9:00 - 13:30
Di - Do: 9:30 - 15:00

Kontakt

Büro Stadtmitte
Tel.: 06151/ 162117
Fax: 06151/ 166026

Büro Lichtwiese
Tel.: 06151/ 163217
Fax: 06151/ 1672131

Email: service@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Hochschulpolitik:
hopo@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Feminismus/Gleichstellung:
gleichstellung@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Fachschaften/Hochschulgruppen:
fachschaften@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Nachhaltigkeit:
nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Finanzen:
finanzen@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Soziales:
soziales@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Mobilität:
verkehr@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Öffentlichkeit:
oeffentlichkeit@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Antifa:
antifa@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Queer
queer@asta.tu-darmstadt.de

Kultur auf sechshundertdrei Quadratmetern

Ein Ausflug in die Geschichte und Zukunft des 603qm

Bis auf Weiteres wird es im 603qm keine musikalischen Abendveranstaltungen geben. Dies ist nötig, da es in der Vergangenheit wiederholt zu Lärmbeschwerden durch mehrere Anwohner_innen, aber auch das Welcome Hotel gekommen ist. Das Ordnungsamt hat als Konsequenz den Weiterbetrieb des autonomen Studierendengewerbes an strikte Auflagen gekoppelt. Auch wenn die jüngsten Ereignisse derzeit viele bewegen, blickt das Gebäude, in dem das 603qm residiert, bereits auf eine längere Geschichte zurück.

Die Stoeferlehalle

1952 wurde die Halle für den Fachbereich Maschinenbau gebaut und von diesem bis zum Jahr 1970 genutzt. Während dieser Zeit war Prof. Stöferle der verantwortliche Professor für die Halle. Nach seinem Tod wurde die Halle „Stoeferlehalle“ genannt, wobei nicht bekannt ist, von wem und aus welchem Grund. Nach dem Umzug eines großen Teils des Fachbereichs auf die Lichtwiese wurde der überwiegende Teil der Halle nicht mehr genutzt. Lediglich ein kleiner Bereich, der „Bunker“ (so genannt wegen seiner dicken Betonwände), wurde bis vor einiger Zeit noch für Maschinenakustik-Experimente verwendet. In die leer stehenden Hallenräume zog die Materialbeschaffungsstelle der TU Darmstadt mit ihrem Materiallager ein.

Die Stoeferlehalle sollte schließlich Übergangsweise als Mensa genutzt werden. Bei Sicherheitsüberprüfungen stellte sich allerdings heraus, dass das Dach der Halle schwer beschädigt war und eine Erneuerung nicht lohnenswert erschien. Daraufhin musste auch die Materialbeschaffungsstelle die Halle räumen. Die Halle stand nun mehrere Jahre lang leer und sollte abgerissen werden. Während des Hochschulstreiks im November 1997 hatten der damalige Hochschulpräsident Johann-Dietrich Wörner und sein Dezernent für studentische Angelegenheiten, Winfried Seidel, die Idee, den Studierenden die Halle als Freiraum und Veranstaltungszentrum anzubieten. In einer der vielen Verhandlungen zwischen Hochschulverwaltung und Studierenden berichtete er von seinem Plan und so fanden sich am Rand des Streiks einige Studierende zum Arbeitskreis Stoeferlehalle (kurz: AK) zusammen.

In Folge des studentischen Interesses, vermittelt durch den AK, konnte Präsident Wörner im Herbst 1998 Sponsor_innen für die Sanierung des Hallendaches gewinnen, das daraufhin komplett erneuert wurde. Nach der Sanierung begannen, koordiniert durch eine Architekturgruppe, die Arbeiten zu konzeptioneller Gestaltung und dem Innenausbau der Stoeferlehalle, sodass schließlich 2003 das 603qm offiziell eröffnen konnte.

Zuviel Wachstum tut nicht gut

Offenbar füllte das 603qm eine bestehende Lücke im Darmstädter Nacht- und Kulturleben, denn das Projekt wuchs bereits in den ersten Jahren mit rasantem Tempo. Mit zunehmender Veranstaltungsdichte und einigen personellen Wechseln auf beiden Seiten blieb die notwendige Kommunikation zwischen AStA und AK irgendwann auf der Strecke. Als gewerbliches Referat des AStA besitzt das 603qm zwar einen eigenen Haushalt und ist somit finanziell eigenständig, da es jedoch Subventionen aus studentischen Geldern für den Kulturbetrieb benötigt, ist eine Rückkopplung an den AStA notwendig.

Auch die Idee der Anfangszeit, auf ein vollständig flexibles Raumkonzept zu setzen, wurde nicht an die Entwicklung angepasst. War sie ursprünglich für eine breite Basis von ehrenamtlichem Engagement für die einzelnen Veranstaltungsreihen angedacht, sorgte sie später für einen hohen Personalaufwand bei großteils professionalisierter Lohnarbeit.

Eine neue Struktur

2009 kam dann der harte Schnitt. Der AK, über den sich rückblickend sagen lässt, dass er sich gegen Ende wohl selbst abschaffte, war nun nicht mehr das verwaltende Gremium des 603qm. Stattdessen wurde gemeinsam mit dem AStA eine neue Struktur erarbeitet, die Verantwortungsbereiche innerhalb des Projekts klar aufteilt und eine dauerhafte Anbindung an die Studierendenschaft gewährleistet. Da das beste Konzept nichts nützt, wenn es nur Theorie bleibt, stecken viele Menschen ihre Energie in dessen Ausgestaltung und Umsetzung. Inzwischen tagt regelmäßig ein Gremium, welches paritätisch von AStA und 603qm besetzt wird und das die Rahmenbedingungen für die Fortentwicklung des Projekts aufstellt, damit dies im beidseitigen Sinne geschieht. Auch das flexible Raumkonzept wich einem Kompromiss und Licht- und Tonanlagen wurden soweit wie möglich fest installiert.

Im Jahr 2011 hat die hohe Motivation des Teams und der ehrenamtliche Einsatz für einen neuen Schub gesorgt, durch den es auch zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung des Projektes kam. Nur durch das viele Engagement können die vielen kreativen Ideen umgesetzt werden, die die Veranstaltungen sympathisch und einzigartig machen und einen studentischen Veranstaltungsort von kommerziellen Alternativen unterscheiden.

Altlasten

Kurz vor Weihnachten des letzten Jahres aber kam der große Schock in Form von

zwei Briefen des Gewerbeordnungsamts. In diesen wurde der Alkoholausschank untersagt und die Verhängung einer Sperrzeit angedroht. Die Art und Zahl der Abendveranstaltungen und die vermehrten Lärmbeschwerden, auch und gerade durch das seit 2007 bestehende Hotel in nächster Nachbarschaft, hatten die vom Ordnungsamt zugesagte, eingeschränkte Schankerlaubnis überstrapaziert. Zumindest die Sperrzeit konnte verhindert werden, indem umfangreiche Stellungnahmen verfasst und noch vor Jahresende alle Abendveranstaltungen abgesagt wurden. Aber vor allem die großen Abende mit viel Getränkeausschank generieren die Umsätze, die wichtig sind, um die kleineren Kulturveranstaltungen querfinanzieren zu können.

Die uneingeschränkte Schankgenehmigung wird jedoch vom Ordnungsamt nicht erteilt, da hierfür eine baurechtliche Nutzungsänderung des Gebäudes notwendig ist. Diese kann nur von der Gebäudeeigentümerin, also der Universität, beantragt werden und dazu sind voraussichtlich Baumaßnahmen nötig. Geplant war dies eigentlich schon 2007, die Aufteilung der Kosten zwischen Uni, Studierendenschaft und 603qm wurde schon im Vorfeld geklärt. Der Beginn der Bauarbeiten wurde aber von Seiten der Universität immer wieder aufgeschoben, was auch den anhaltenden universitären Großbaustellen zu schulden ist. Es muss aber auch eingestanden werden, dass auf Seiten der Studierenden aufgrund von häufigen personellen Wechseln der Baubeginn nicht nachdrücklich genug verfolgt wurde.

Licht am Ende des Tunnels

Das 603qm konnte sich über die Jahre als fester Bestandteil der Darmstädter Kulturlandschaft etablieren. Auch die Universitätsverwaltung ist glücklicherweise an einem Erhalt interessiert. In einem gemeinsamen Gespräch zwischen TU-Kanzler Efinger, dem Baudezernat und Vertretern von AStA und 603qm gab es die Zusage, eine dauerhafte und langfristige Lösung für den Kulturbetrieb 603qm zu schaffen. Bis das soweit ist, wird noch einige Zeit vergehen, denn ein Zeitplan liegt noch nicht vor. Aber auch für die nahe Zukunft gibt es Perspektiven wieder Veranstaltungen anbieten zu können, etwa mit Einzelgenehmigungen für das Kulturprogramm oder Partys an externen Veranstaltungsorten. Dank der neuen Struktur arbeiten AStA und 603qm nicht nur hinter den Kulissen gemeinsam daran, in Kontakt mit der Stadt, der Universitätsverwaltung und Unterstützer_innen zu bleiben, um dies schnellstmöglich umsetzen zu können, damit das 603qm seinen Betrieb wieder aufnehmen kann.



Stoeferlehalle / 603qm Foto: Jan-Martin Steitz

Wohnungsnot in Darmstadt

Die in diesem Wintersemester einsetzende Wohnungsnot hat scheinbar alle überrascht. Während wir im AStA eine Horrormeldung nach der anderen verkündeten, beschränkte sich die Stadt Darmstadt darauf, zu behaupten, sie habe erst Wohnraum geschaffen und überhaupt, sie könne ja nichts tun. Das Studierendenwerk Darmstadt beschäftigt sich seit einem Jahr mit dem Problem – ohne Perspektiven aufzeigen zu können.

Dabei ist die Wohnungsnot nichts Neues. Die Ursachen und die drohenden Effekte der Wohnungsknappheit sind dagegen schon seit Jahren bekannt. Schon vor zwei Jahren sind die ersten praktischen Probleme offenkundig geworden, damals konnten aber noch auf Initiative des AStA hin die bedürftigsten Studierenden mit Wohnungen versorgt werden.

Grundlage für die Wohnungsnot sind die steigenden Studierendenzahlen. Waren es im Wintersemester vor zwei Jahren an der TU Darmstadt noch etwa 21.079 eingeschriebene Studierende, steigerte sich die Zahl über 23.113 im letzten Jahr zum Rekordstand von 25.021 Studierenden dieses Wintersemester. Wesentliche Ursachen für den Anstieg sind die demographische Entwicklung, nach der die geburtenstarken

Jahrgänge gerade mit dem Studium anfangen, die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund der Verkürzung der Schulzeit (G8) in einigen Bundesländern (noch nicht Hessen) und der Wegfall der Wehrpflicht durch die Umstrukturierung des Militärs. Diese drei Faktoren trafen in diesem Semester aufeinander und sorgten bundesweit für Ausnahmestände in den Hörsälen, aber auch auf dem Wohnungsmarkt.

Das Studierendenwerk hat für das aktuelle Semester berechnet, dass etwa 1000 Studierendenwohnungen in Darmstadt fehlen. Die Liste der neu geschaffenen Wohnungen hält sich dagegen in Grenzen. Lediglich 105 Wohnungen wurden durch die städtische Bauverein AG hergerichtet, die mit astronomischen Preisen wie 413 € für ein Zimmer in einer 6er-WG an den Wohnungsmarkt gebracht wurden. Im privaten Wohnungsmarkt gab es zwar einen Aufruf der Stadt, neuen Wohnraum zu schaffen und Zimmer an Studierende unterzuvermieten, allerdings kam dadurch kaum Bewegung bzw. neue Wohnungen auf.

In Darmstadt leben aber nicht nur betuchte Studierende, gerade auch auf Geringverdienende und sozial Benachteiligte wirkt sich die Wohnungsnot dramatisch aus. Sie haben

kaum die Möglichkeit, von ihren Eltern aus zu pendeln, wie es viele Studierende in der Notsituation machen. Knapper Wohnraum bedeutet steigende Mieten und damit die Verdrängung derer, die sich die gehobenen Mieten nicht leisten können. Dieses Phänomen wird als Gentrifizierung bezeichnet und ist besonders in Großstädten, aber auch in Darmstadt zu beobachten.

Abhilfe könnten da die leerstehenden, ehemaligen Kasernen der Amerikaner*innen schaffen. Alleine in den Gebäuden, die langfristig für Wohnraum vorgesehen sind, könnten kurz- bis mittelfristig bis zu 1000 Menschen unterkommen.

Die durch die Proteste im vergangenen Herbst erkämpfte, temporäre Nutzung der Kasernen ab dem nächsten Wintersemester bietet – ausgehend von den bisher diskutierten Möglichkeiten – im besten Fall 400 Wohnungen.

Das mag aus heutiger Sicht eine deutliche Entspannung sein, ein weiterer Blick auf die Entwicklung der Studierendenzahlen zeigt aber, dass sich die Situation so schnell nicht bessern wird. Die doppelten Abiturjahrgänge in Hessen stehen uns erst noch bevor: im kommenden Wintersemester 2012/13.

Leerstehende Kasernen als ein Ausweg?



Jefferson-Kaserne Foto: Jan-Martin Steitz

Die Diskussion um die Kasernen zieht sich schon seit dem Auszug der Amerikaner*innen Ende 2008 hin. Nach dem Abmarsch wurden die Kasernen vom Bund übernommen, in dessen Namen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sie verwaltet. Ein kleiner Teil der Kasernen wurde bereits verkauft, ein Teil soll Gewerbegebieten weichen.

Für die drei Kasernen, die wieder bewohnt werden sollen, wurde der „Rahmenplan Bessungen-Süd“ erstellt, der die zukünftige Ausgestaltung der Kasernenflächen festlegt. Konkret geht es dabei um die Cambrai-Fritsch-Kaserne, die Jefferson-Kaserne und die Lincoln-Kaserne. Die Stadt will die Cambrai-Fritsch- und Jefferson- komplett, die Lincoln-Kaserne nur zum Teil aufkaufen. Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen legt fest, dass 30% der neu geschaffenen Wohnplätze für Studierende und 20% für Sozialwohnungen vorgesehen sind.

Auf dem ehemaligen Kasernengelände stehen größtenteils Gebäude mit Wohnungen, die fast bezugsfertig sind und seit fast vier Jahren leer stehen. Teilweise wurden sie erst 2002 für Millionenbeträge renoviert. Der Großteil dieser bezugsfertigen Gebäude soll abgerissen und dichter wieder bebaut werden, damit mehr Menschen auf kleinerer Fläche wohnen können.

Bis die geplanten städtischen Wohnungen fertig sind, werden schätzungsweise weitere 10 Jahre vergehen.

Die Diskussion um eine kurzfristige, temporäre Nutzung der Kasernen kam mit den Bildungsprotesten im vergangenen Winter und der bestehenden Wohnungsnot nicht zum ersten Mal, aber umso deutlicher auf. Zur Diskussion stand die meiste Zeit die Lincoln-Kaserne, von der die Stadt einfach behauptete, sie habe keine Brandschutzanlage, ein mangelhaftes Stromnetz und eine komplizierte Wasserversorgung. Die Besetzung des Justus-Liebig-Hauses hat die Stadt letztendlich dazu gezwungen, eine temporäre Nutzung anzustreben, die vorgeschobene Sachzwänge stellten sich schon vor unserer eigenen Kasernen-Besichtigung als falsch heraus.

Besichtigung

Ende Januar haben wir die Kasernen besichtigt, um uns ein eigenes Bild zu machen. Wir hatten im Vorfeld über vielfältige Berichte den Eindruck gewinnen können, dass die Kasernen an sich schon bezugsfertig sind, wollten uns aber selbst noch einmal davon überzeugen und den Zustand der Gebäude dokumentieren.

Besichtigt wurden die beiden genannten Kasernenteile von Jefferson- und Lincoln-Kaserne, für die sich Stadt oder BImA eine temporäre Nutzung vorstellen können.

Der Konsens der Anwesenden war deutlich: „Hier ziehe ich morgen ein“ war eine der häufigsten Aussagen. Unverständnis und Kritik bestimmten die Gespräche über Stadt und BImA.

Fest steht: Sicherung rein und Heizung aufdrehen – schon ist die Kaserne bewohnbar. Einzig die zentrale Wasserversorgung müsste angekurbelt werden, der Rest funk-

tioniert schon per Schalter. Auf diesen Seiten findet ihr Bilder der Besichtigung, die eindrucksvoll den Zustand der Kasernen vermitteln – Bilder sagen mehr als tausend Worte!

Aktueller Stand

Inzwischen strebt die Stadt die Nutzung einiger Gebäude der Lincoln-Kaserne für 150 Studierendenwohnungen an. Das ist erstmal eine sehr gute Sache, werden damit doch einige mehr Studierende im nächsten Wintersemester in Darmstadt unterkommen.

Problematisch ist aber die Umsetzung dieser temporären Nutzung. An sich läuft das (vereinfacht) folgendermaßen ab: Die Stadt erstellt einen Bebauungsplan für die vorhandenen Gebäude, das Studierendenwerk mietet sie von der BImA, renoviert und vermietet an die Studierenden weiter.

Entscheidend für den letztendlichen Wohnungsmietpreis und für das Zustandekommen des Vertrages zwischen Studierendenwerk und BImA sind also:

- die Dauer der temporären Nutzung
- der Gebäudemietpreis, den das Studierendenwerk an die BImA zahlt
- zum Bezug nötige Renovierungsmaßnahmen

Positionen

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Die BImA versucht, die Kasernen möglichst gewinnbringend zu verkaufen, ist dabei aber an einige Einschränkungen, wie ein Vorkaufsrecht der Stadt Darmstadt, gebunden. Derzeit stehen die Gebäude leer und

Vergleich Lincoln - Jefferson

	Lincoln-Kaserne	Jefferson-Kaserne
Wohnplätze	min. 150	ca. 250
Zustand	gut	sehr gut
Nutzungsdauer	bis zu 5 Jahre	5-10 Jahre
Aktuelle Flächendefinition	Innenbereich (höherer Verkaufswert)	Außenbereich (geringerer Verkaufswert)
Profiteur*in	Stadt	BImA
Verlierer*in	-	Stadt
Vorteil Studierende	mehr Wohnraum	mehr, günstigerer Wohnraum

müssen beheizt und verwaltet werden, kosten die BImA also Geld, das erst durch den Verkauf wieder reinkommt. Eine temporäre Nutzung kommt der BImA daher an sich sehr gelegen, weil sie ohne eigene Investitionen Geld durch die Vermietung einnehmen kann. Auf der anderen Seite will die BImA die Kasernen möglichst schnell verkaufen. Eine temporäre Nutzung stünde dem im Weg. Die Lincoln-Kasernen sollen wesentlich früher an private Investor*innen verkauft werden, als das bei der Jefferson-Kaserne, die die Stadt kaufen möchte, der Fall ist. Außerdem müsste die Fläche der Jefferson-Kaserne vom Außen- zum Innenbereich umdeklariert werden, was den Verkaufswert erhöht. Insgesamt hat die BImA also ein starkes Interesse, die Jefferson-Kasernen zu vermieten.

Stadt Darmstadt

Die Stadt Darmstadt hat einen langfristigen Rahmenplan für die Nutzung der Kasernen entworfen, der eingehalten werden soll. Dabei liegen bei der Stadt derzeit die

meisten Handlungsmöglichkeiten: Sie kann die Kasernen durch die städtische Wohnbaugesellschaft bauverein AG aufkaufen lassen und sie kann für die Nutzung nötige Bebauungspläne beschließen. Aber die Stadt hat ein zentrales Interesse: Möglichst wenig Aufwand und vor allem keine zusätzlichen Kosten – weder kurz- noch langfristig. Daher widerstrebt ihr eine Planänderung für die Kasernennutzung, stattdessen wurden erfundene Sachzwänge vorgeschoben. Inzwischen konnte die Stadt aber soweit bewegt werden, dass sie eine temporäre Nutzung der Lincoln-Kaserne anstrebt. Eine Nutzung der Jefferson-Kaserne schließt die Stadt bis Redaktionsschluss kategorisch aus. Mit der Nutzung der Jefferson-Gebäude, die sich im besten Zustand befindet und über 5 Jahre als Studierendenwohnheim verfügbar wäre, würden beim späteren Kauf durch die Stadt zusätzliche Kosten auf diese zukommen, da die Flächen auch für eine vorübergehende Nutzung vom Außen- zum Innenbereich umdeklariert werden müssen. Die Stadt forciert also die Nutzung der Lincoln-Kasernen, weil

ihr damit keine weiteren Kosten entstehen. Die Nutzungsdauer ist hier aber kürzer und die nötigen Renovierungen sind umfangreicher.

Studierendenwerk Darmstadt

Das Studierendenwerk ist durch Mittelkürzungen des Landes Hessen chronisch unterfinanziert. Daher gibt es finanziell kaum Spielraum, neue Studierendenwohnungen zu schaffen. Derzeit werden wegen gestiegener Kosten in allen Wohnheimen die Mieten erhöht, was teils drastische Ausmaße annimmt. Um die Kasernen als Wohnheime herzurichten, müsste das Studierendenwerk einen Kredit aufnehmen. Letztendlich werden diese Kosten komplett auf die Mieten für die neu entstandenen Wohnungen umgelegt. Praktisch bedeutet das: Je günstiger die Renovierung und je länger die vorübergehende Nutzung der Kasernen dauert, desto günstiger wird die Miete für die Studierenden, die nachher einziehen.



Innenansichten der Jefferson-Kaserne Foto: Jan-Martin Steitz

Letztendlich geht es nur ums Geld

Kommentar zur Wohnungsnot

Wer die Debatte um die Wohnungsnot verfolgt hat, wird bei vielen Berichten ein lachendes und ein weinendes Auge gehabt haben. Das lachende Auge der Zynikerin, die die verzweifelte Argumentationssuche der Stadt, warum die Kasernen auf keinen Fall kurzzeitig nutzbar seien, mit einem Hinweis auf die unerschöpfliche Kreativität der Verantwortlichen kommentiert. Das weinende Auge des Kritikers, der Menschen beim täglichen, mehrstündigen Pendeln oder gar auf der Straße – und gleichzeitig die leerstehenden Kasernen sieht.

Worum es geht.

Die Gelder, die die Kommunen vom Bund erhalten, werden immer weiter gekürzt. Weniger verfügbare Mittel machen eine soziale Stadtpolitik zwar nicht gerade leichter, die Entscheidung zwischen der Finanzierung von Prestigeobjekten oder sozialen Einrichtungen ist aber weiterhin möglich.

Die Stadt ist darauf fixiert, möglichst viel Geld durch Steuern einzunehmen, um die maroden Kassen zu füllen. Offensichtlichstes Beispiel dafür ist die Zweitwohnsitzsteuer. Damit sollen möglichst alle Menschen in Darmstadt bewegt werden, einen Hauptwohnsitz anzumelden. Nur mit einem Hauptwohnsitz bekommt die Stadt die begehrten Steuern dieser Einwohner*innen vom Bund, ansonsten geht das Geld an eine andere Gemeinde. Zulasten geht die Steuer vor allem den Studierenden.

Auf dem Wohnungsmarkt gilt der gleiche Grundsatz: Teurere Wohnungen ziehen Menschen an, die mehr verdienen, die wiederum der Stadt mehr Steuern einbringen. Die Hochpreispolitik am Wohnungsmarkt passt also wunderbar in das Interesse der Stadt, ihre Einnahmen zu erhöhen.

Auf der Ausgabenseite veranschlagt die Stadt wie selbstverständlich Millionenbeträge für Prestigeobjekte wie das Darmstadtium, während sozial Engagierte auf einer

Bürger*innenversammlung gegeneinander ausgespielt werden, um zu entscheiden, welches Sozialprojekt mit dem geringsten Widerstand gekürzt werden kann.

Dass das 603qm abendlich geschlossen wird und der „Goldenen Krone“ die Schließung droht – wegen Hotels, die aus Profitinteressen in die Stadtmitte, direkt neben Kulturprojekte gesetzt werden, setzt dem ganzen sprichwörtlich die Krone auf.

Es gibt in Darmstadt also einen doppelten Sozialabbau: auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite.

Die Verlierer*innen.

Das Problem der Wohnungsnot ist nur zum Teil mangelnder Wohnraum, es ist in vielen Fällen auch dessen Preis. Die Verlierer*innen der Wohnungsnot sind damit nicht per se Studierende. Es sind die Geringverdienenden und sozial Schwachen, die sich schlicht keine Wohnung in der Stadt mehr leisten können. Sie gehen in der aktuellen Wohnungsnot-Debatte völlig unter. Dass neue Sozial- und Studierendenwohnungen geschaffen werden, ist zwar ein Ziel der langfristigen Kasernennutzung. Die aktuelle Verdrängung der Menschen aus der Stadt, denen der vorhandene Wohnraum zu teuer geworden ist, wird aber in der medialen Darstellung wie auch bei den „Zugeständnissen“ der Stadt komplett ausgeblendet.

Es geht stets nur darum, neuen Wohnraum zu schaffen – was ja an sich auch nicht schlecht ist. Die Forderung nach günstigem, bezahlbarem Wohnraum wird aber bewusst überhört, weil es noch weniger in die Interessenslage der Stadt passt.

Der erste Schritt...

Die Wohnungsnot an sich war nicht Anlass genug zum Handeln für die Stadt. Dass erst die Bildungsproteste Bewegung in das unerträgliche Geschachere um die Kasernen

bringen konnten, ist ein Armutszeugnis für ihre Sozialpolitik.

Die inzwischen zugesagte, städtische Freigabe der Lincoln-Kasernen für eine temporäre Nutzung ist immerhin als erster Schritt in die richtige Richtung zu würdigen. Als Zeichen, dass durch Protest und Besetzungen eine soziale Stadtpolitik umgesetzt werden kann. Dabei darf es aber nicht bei symbolischen 150 Wohnplätzen in der Lincoln-Kaserne bleiben.

...ist nicht genug!

Die Stadt muss endlich ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und auch etwas Geld in die Hand nehmen. Nur dann kann die Situation so abgemildert werden, dass zumindest die Härtefälle wie ausländische Studierende, die bei den vielen rassistischen Privatvermieter*innen kaum eine Chance haben, eine Bleibe finden.

Die Debatte um die einzugsfertigen Wohnungen in der Jefferson-Kaserne ist an Zynismus kaum zu überbieten. Die Situation ist geradezu grotesk. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass leerstehender, bezugsfertiger Wohnraum auch genutzt wird. Das weiß auch die Stadt – die Nicht-Nutzung ist unvermittelbar. Die verzweifelte Suche nach Sachzwängen, auf die die Stadt ausgewichen ist, um bezugsfertige Wohnungen bis zum Abriss in einigen Jahren vergammeln zu lassen, bedarf keines weiteren Kommentars.

Damals wie heute: Protest!

Vor etwa 25 Jahren gab es eine ähnliche Situation wie heute. Damals ging es um überhöhte Mieten und mangelnden Wohnraum – ein Problem, das uns bekannt vorkommt. Der Slogan damals: „Wohnraum her, sonst knallts!“

Diesem Motto müssen wir heute wieder Nachdruck verleihen. Die Besetzung des Justus-Liebig-Hauses war nur der Anfang!

Kurzfristig kein Wille zur Räumung?

Das am 31.11.2011 geräumte Justus-Liebig-Haus stellte für knapp zwei Wochen einen politischen und kulturellen Freiraum dar. Schüler*innen, Studierende, Bürger*innen und Politiker*innen diskutierten gemeinsam gesellschaftspolitische Probleme und suchten nach möglichen Lösungsansätzen.



Plenum im besetzten Justus-Liebig-Haus Foto: Jan-Martin Steitz

17. November, morgens 10.00 Uhr in Darmstadt. Die Studierenden der Technischen Universität versammeln sich vor dem karo 5, um ihrem Unmut über das öffentliche Bildungssystem Luft zu machen. Die Veranstaltung steht im Zeichen der bundesweiten Bildungsproteste. In Darmstadt demonstrieren an diesem Tag rund 2000 Angehörige der verschiedenen Schulen und Hochschulen gegen Ökonomisierung, Wohnungsknappheit, Geld- und Raummangel. Zwar erhielt die bundesweite Aktion in den vergangenen Jahren immer mehr Zulauf, doch sowohl die mediale als auch die gesellschaftliche Aufmerksamkeit blieb im besten Fall konjunkturrell und die politischen Reaktionen bestanden primär aus floskelhaften Entgegnungen à la: „Das ist tatsächlich schlimm, aber alternativlos.“ In diesem Jahr sollte das, zumindest in Darmstadt, anders werden. Daher wurde kurzerhand das Foyer des Justus-Liebig-Hauses besetzt, ein öffentliches Gebäude, in dem sich die Stadtbibliothek befindet, und regelmäßig verschiedenste Ausstellungen gezeigt werden.

Was als spontane Aktion begann, entwickelte sich in kürzester Zeit zum Ausdruck einer neuen, basisorientierten politischen Debatte. „Unser Ziel war es ursprünglich, öffentlich auf die Probleme im Bildungssystem aufmerksam zu machen,“ erklärt Deniz Zengin, Student an der TU Darmstadt. Die Entscheidung, das Justus-Liebig-Haus zu besetzen, begründet er sehr strategisch: „Das hier ist ein Ort der Bildung, an dem sich die Möglichkeit bietet, mit den Bürger*innen in einen offenen Austausch zu treten. Deren Reaktion ist auch durchweg positiv.“ Ein kurzer Aufenthalt genügt, um diese Einschätzung zu bestätigen. Vorbeigehende verlieren aufmunternde Worte, einige lassen sich auf Gespräche ein oder fragen nach

Informationsmaterial. Auf die Frage, ob sie die Bildungsproblematik ähnlich wahrnehme, antwortet eine junge Frau, sie sei Mutter und daher unmittelbar „von den Dingen betroffen, die die jungen Menschen hier ansprechen. Wenn man das nicht sieht, ist man wirklich blind.“

Keine kosmetischen Reparaturen

Die Missstände, die von den Besetzer*innen angeprangert werden, sind vielfältig. „Weil wir an unserer Schule zu wenig Lehrkräfte haben, machen Eltern den Unterricht. Außerdem mussten inzwischen Kinosäle im Cineplex angemietet werden, weil es nicht genug Räume gibt. Das muss man sich mal vorstellen,“ schimpft Mieke, eine Schülerin, die sich an der Besetzung beteiligt. Ihr Schulkamerad André nickt zustimmend und ergänzt: „Der Medieneinsatz ist der letzte Witz, sofern es überhaupt funktionierende Medien gibt. Die Schulbücher sind viel zu alt und schon völlig versifft – damit hat man keine Lust zu lernen.“

Natürlich ließe sich fragen, ob mit entsprechender Ausstattung alles wieder im Reinen wäre, doch der Tenor der Besetzung ist eindeutig: Rein kosmetische Reparaturen am Bildungssystem reichen nicht aus – eine echte Reform muss her. Yannick Theiß, Schüler und Aktivist im Komitee für freie Bildung, sieht darin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Da es sich bei Bildung um ein öffentliches Gut handelt und das auch so bleiben muss, gilt das natürlich zum einen für die Finanzierung der Schulen und Hochschulen. Zum anderen muss aber die Hervorbringung von kritischen und reflektierenden Individuen zum obersten Ziel erklärt werden. Um das zu erreichen, brauchen wir vor allem eine

Demokratisierung des Bildungssystems und mehr Möglichkeiten zur Partizipation,“ erläutert er.

Gelegenheiten zur Mitgestaltung gibt es im besetzten Justus-Liebig-Haus reichlich. „Freiraum bedeutet für mich, mit verschiedensten Menschen in Kontakt zu treten. Wir verschließen uns dabei auch nicht, sondern stehen prinzipiell allen offen,“ erklärt Deniz Zengin das Konzept. „Den ganzen Tag über gibt es Workshops zu verschiedensten Themen und wir besprechen kritische Aspekte oder offene Fragen und erarbeiten Lösungsvorschläge.“ Im allabendlich zusammentretenden Plenum, das laut Zengin etwa 60 Leute umfasst, werden die Ergebnisse vorgestellt, Themenvorschläge gesammelt, das weitere Vorgehen der Besetzer*innen geplant, aber auch der Austausch mit Presse und Lokalpolitik betrieben. Unter anderem erschienen dort Oberbürgermeister Jochen Patsch (Grüne) und Stadtkämmerer André Schellenberg (CDU), der nach eigener Auskunft¹ am Donnerstag (17.11.) als Erster vor Ort war.

Kommune ist gesprächsbereit - mit Einschränkungen

Die sehr friedfertige und konstruktive Atmosphäre der Besetzung nennt Schellenberg als einen der Gründe, weshalb keine unmittelbare Räumung erfolgte. Vielmehr betont er die Bereitschaft der Lokalpolitik, sich mit den Anliegen der Schüler*innen und Studierenden zu befassen. „Von Seiten der Kommune wird es auf jeden Fall ein oder mehrere Gesprächsangebote geben,“ versichert der Stadtkämmerer, doch dämpft er die Hoffnungen, die Stadt könne Räume für ein vergleichbares Projekt zur Verfügung stellen, umgehend mit dem allseits beliebten Sachzwangargument. „Ich muss Ihnen da leider sagen, dass es derzeit einfach keine Räumlichkeiten gibt, wo sich das verwirklichen ließe.“ Erschwert wird die Lage außerdem, laut Schellenberg, durch die in Frage stehende politische Ausrichtung der Gruppe, da einige der Besetzer*innen offenbar der Linkspartei nahe stünden.

„Generell will ich betonen, dass es kurzfristig (sic!) keinen Willen gibt, das Justus-Liebig-Haus zu räumen,“ verkündete Schellenberg. Nur sechs Tage später lief die Duldung seitens der Stadt ab und die Besetzer*innen verließen widerstandslos das Gebäude. Zwei Monate nach Aufhebung des Besetzungstatus gibt es weder neue Freiräume noch Bemühungen zu deren Einrichtung. Wir müssen also feststellen, dass es langfristig offenbar keinen Willen gibt, zu einem Kompromiss zu gelangen.

¹ Telefonisches Interview (25.11.2011); www.asta.tu-darmstadt.de

Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“

Landkreise haben unsichtbare Grenzen, oft mitten auf einer Strasse, im Wald oder auf einer Wiese, sind sie für uns kaum wahrnehmbar und spielen in unserem Alltag auch keine besondere Rolle. Ganz anders sieht es da für Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Status der Duldung aus. Sie dürfen sich aufgrund der sogenannten Residenzpflicht nur innerhalb eines staatlich zugewiesenen Landkreises oder Bundeslandes bewegen.

In Hessen ist die Residenzpflicht zwar auf die Regierungsbezirke ausgedehnt, bei geduldeten Asylbewerber*innen kann sie aber auf die jeweiligen Landkreise beschränkt werden.

Diese Regelungen liefern Flüchtlinge und Asylbewerber*innen der Willkür der Behörden aus, die über Ausnahmegenehmigungen zu entscheiden haben. Der Besuch von Freund*innen, Veranstaltungen, Ärzt*innen,

Feiern oder auch jeglicher Ausflug kann somit zu Prozessen, Geld- und gar Gefängnisstrafen führen, da Verstöße gegen die Residenzpflicht im Wiederholungsfall als Straftat gelten. Dabei nehmen diese Menschen nur ihre, von der Bundesrepublik ratifizierten, Menschenrechte in Anspruch, wonach jede und jeder das Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Staates hat (Artikel 13 (1)).

Flüchtlinge haben aber auch mit vielen weiteren Einschränkungen zu kämpfen. So sind sie verpflichtet, unter Aufsicht in Flüchtlingslagern und Containern zu leben, die meistens von der restlichen Gesellschaft räumlich abgeschottet liegen.

Rassistische Anfeindungen, staatliche Diskriminierung in Form von bindenden Lebensmittelgutscheinen und ständige Personenkontrollen führen zu einer weiteren Ausgrenzung von Flüchtlingen.

Die Ausstellung „Residenzpflicht – Invisible Borders“ dokumentiert auf vielfältige Weise die Folgen der restriktiven Asylpolitik Deutschlands und die dadurch entstehenden Auswirkungen auf die Bewegungsfreiheit. Die Ausstellung ist eine Collage aus Texten, Zitaten, Modellen sowie Video- und Fotoinstallationen. Dabei wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern die Thematik räumlich erfahrbar gemacht. Vor allem kommen aber auch Flüchtlinge selbst zu Wort. Sie berichten nicht nur, was es bedeutet, der deutschen Asylpolitik ausgesetzt zu sein, sondern zeigen darüber hinaus auf, wo im Alltag Widerstand geleistet wird.

Zeitgleich zur Ausstellung wird ein Rahmenprogramm erstellt, welches schon bald auf der Seite des AstA einsehbar sein wird.

Die Ausstellung wird vom 20. Februar bis zum 9. März 2012 im 603qm zu sehen sein.

Neues vom Projekt Fahrradwerkstatt – Wie funktioniert eine Fahrradwerkstatt?



Fahrradständer an der TU Darmstadt Foto: Jan-Martin Steitz

In der letzten Ausgabe des Lesezeichens wurde das Projekt Fahrradwerkstatt vorgestellt und war schnell Gesprächsstoff in einigen Kreisen der TU Darmstadt. Dadurch konnten wir als Arbeitsgruppe neue Aktive finden, die das Projekt unterstützen und auch Erfahrungen in Sachen Fahrradreparatur mitbringen.

Doch was gibt es Neues vom Projekt selbst?

Vom Lenkungskreis Mobilität der TU Darmstadt und dem Nachhaltigkeitsdezernat wurden wir im September 2011 gebeten, studentisch organisierte Fahrradwerkstätten zu besuchen und deren Konzepte und Erfahrungen zu sammeln, um eine sichere, nachhaltige und studierendenfreundliche Fahrradwerkstatt an der TU einzurichten. Unsere ersten Besuche waren Heidelberg und Kassel, deren Werkstattkonzepte wir in diesem Bericht vorstellen.

Bevor wir die Konzepte beschreiben, muss noch erwähnt werden, dass es in Baden-Württemberg noch keine verfasste Studierendenschaft wie in Hessen gibt, was bedeutet, dass die Studierendenvertretung keine eigenen Gelder hat. Daher existiert in Heidelberg kein mit Hessen vergleichbarer AstA, der eine gewisse Kontinuität garantieren und Gelder bereitstellen könnte, um solch ein studentisches Projekt zu finanzieren. Ziel des ersten Besuchs durch unseren AK war die Fahrradwerkstatt „URRmEL“ (Universitäre RadReparaturwerkstatt mit Eigenleistung), die ihren Standort neben dem Heidelberger Uniklinikum hat.

Rede und Antwort stand mir Felix, der schon länger ehrenamtlich bei URRmEL arbeitet. Er konnte mir neben dem Konzept in Heidelberg auch das Konzept aus Hildesheim vorstellen, wo er zuvor studierte und im damaligen AstA die dortige Fahrradwerkstatt mitgegründet hat. Die Heidelberger Fahrradwerkstatt gibt es schon seit 1995. Sie wurde zunächst durch eine Kooperation mit der Fachschafftenkonferenz (FSK) ins Leben gerufen. Damals genehmigte die FSK Gelder für eine Garage, wo die Fahrradwerkstatt zum ersten Mal Fuß fasste. Einige Jahre später musste diese umziehen und hatte abermals finanzielle Schwierigkeiten, weshalb sich dann das Studierendenwerk Heidelberg und die FSK darauf verständigten, zwei Baucontainer für URRmEL bereitzustellen. Der dritte Container ließ sich glücklicherweise durch Spendengelder finanzieren.

Da, wie oben erwähnt, Heidelberg keine verfasste Studierendenschaft hat, wird die Werkstatt hauptsächlich aus Spenden finanziert, die über einen neu gegründeten Trägerverein abgerechnet werden.

Doch wie sieht das Konzept in Heidelberg praktisch aus?

Die Studierenden können sich aussuchen, ob sie Dienstags oder Donnerstags zwischen 14 und 16 Uhr zur Fahrradwerkstatt kommen. Je nach Problem und Know-How kann sich jede*r selbst entscheiden, ob Beratung nötig ist, oder nicht. Es sitzt auf jeden Fall eine ehrenamtlich arbeitende Person in der Werkstatt und steht mit Rat und Tat zur Seite. Alle Werkzeuge und Kleinteile, aber auch ganze Rahmen, Schaltungen und Reifen stehen für jede*n zur Verfügung. Am Ende der Reparaturarbeiten kann

mensch dann eine Spende für die Leistungen der Fahrradwerkstatt abgeben. Alle Teile, die sie lagern, haben sie von demontierten Fahrrädern, die von den Hausmeister*innen der Uni an die Fahrradwerkstatt gespendet werden. Ein schöner Zusatz ist, dass durch das Demontieren von Fahrrädern so viele Teile vorrätig sind, dass im Grunde auch Fahrräder selbst zusammengeschaubt werden könnten – und das alles für den Preis, den mensch zu zahlen bereit ist. In Hildesheim gibt es ein ähnliches Konzept mit nur wenigen Ausnahmen, denn Hildesheim hat eine verfasste Studierendenschaft. Das bedeutet, dass die ehrenamtlichen Helfer*innen vom AstA eine monatliche Aufwandsentschädigung bekommen, die bei ca. 150€ liegt. Darüber hinaus kommen die Fahrradspenden nicht von der Uni, sondern von größeren Fahrradhändler*innen.

Und wie sieht es in Kassel aus?

Die Geschichte der Fahrradwerkstatt in Kassel beginnt mit einer Blockade gegen den Bau von Parkplätzen an der Uni 1992. Aktionsfreudige Studierende besetzten die Parkplätze mit ihren Fahrrädern. Aus dieser Aktion entstand das Projekt einer Fahrradwerkstatt. Am Anfang hatten sie nur alte Postwagen, in denen sie ihre Werkzeuge und Kleinteile lagerten. Einige Jahre später bot ein Architekturprofessor seinen Studierenden an, als Abschlussarbeit ein Gebäude für die Fahrradwerkstatt an der Uni zu entwerfen. Heraus kam der heutige Ökobau direkt an der Uni – siehe unten. Finanziert wurde das Gebäude vom Studierendenparlament. Wie auch in Heidelberg ist die Fahrradwerkstatt in Kassel ebenfalls eine Selbsthilfwerkstatt, bei der Leute beim eigenständigen Schrauben unterstützt werden.

Wer in Kassel mit einem reparaturbedürftigen Bike unterwegs ist, hat die Möglichkeit, von Montag bis Donnerstag, mindestens zwischen 14.15 Uhr und 15.15 Uhr, bei der Radwerkstatt vorbeizuschauen.

Wie in Heidelberg steht auch hier mindestens eine Person mit Rat und Tat zur Seite. An gängigen Werkzeugen kann sich ohne Weiteres bedient werden. Bei Spezialwerkzeugen oder Ersatzteilen hingegen muss mensch in Kassel die Arbeiter*innen fragen, welche sie dann unter Aufsicht und Anweisung herausgeben. Anders als in Heidelberg gibt es für die Ersatzteile hier Spendenempfehlungen. Ihr Anspruch liegt nicht darin, Ersatzteile zu lagern und anzubieten, sondern, dass die Kund*innen ihre Ersatzteile selbst besorgen. Ersatzteile bekommt die Fahrradwerkstatt von Großhändler*innen vor Ort. Es kommt häufig vor, dass auch Privatpersonen alte Fahrräder spenden. Die Kund*innen haben dann die Möglichkeit, sich ein Fahrrad für bis zu zehn Tage zu reservieren, um es zu reparieren und fahrtüchtig zu machen.

Die kleinen Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Der erste große Unterschied zwischen Kassel und Heidelberg ist, dass es in Heidelberg viel mehr Fahrradfahrer*innen gibt, als in Kassel. Dass die Öffnungszeiten in Heidelberg nicht täglich sind, liegt daran, dass URRmEL zum einen mehr ehrenamtliche Mitarbeiter*innen benötigt und zum anderen, dass der Standort

nicht zentral liegt – weshalb viele nicht wissen, wo die Fahrradwerkstatt überhaupt ist. Wie schon erwähnt, bekommt mensch in Kassel nur auf Anfrage Ersatzteile und spezielle Werkzeuge. Dies hat den Vorteil, dass weniger Verschleiß entsteht, weil der Gebrauch gleich erklärt wird, und, dass die Betreiber*innen die Werkzeuge nach Gebrauch wieder ins Lager einsortieren. Mit dieser Lösung, zum Schutz vor Verschleiß und Diebstahl, muss die Fahrradwerkstatt in Kassel max. einen Werkzeugschlüssel pro Monat bestellen, während bei URRmEL pro Quartal neue Schlüsselsets benötigt werden.

Der wohl wichtigste Unterschied liegt aber in der Anbindung der Studierendenschaft. Da es in Heidelberg keine verfasste Studierendenschaft gibt, sind sie zu fast 100% auf ehrenamtliche Mitarbeiter*innen angewiesen. In Kassel wiederum wurden der Werkstatt 4500€ vom Haushalt der Studierendenschaft zur Verfügung gestellt, um ihren Angestellten einen Stundenlohn von 8,02€ bezahlen zu können. Die Werkstatt achtet darauf, dass in gleicher Anzahl Frauen wie Männer beschäftigt sind. Die wohl wichtigste Gemeinsamkeit beider Werkstätten liegt in ihren Ansprüchen. Erstens sind beide Studierendenprojekte und zweitens sind sie nicht-kommerziell. Ein anfängliches Problem, welches wir im Arbeitskreis Fahrradwerkstatt diskutiert haben, war, dass wir keine Konkurrenz zu den kleinen Fahrradhändler*innen sein wollen. Die Lösung des Problems liegt in der nicht-kommerziellen Ausgestaltung der studentischen Fahrradwerkstätten. „Unser Profil soll den Anspruch haben, sich von den kleinen Fahrradhändler*innen abzugrenzen, um nicht in Konkurrenz mit ihnen zu stehen. URRmEL ist ein sich rein durch Spenden und Ehrenamt tragendes Projekt, das vollkommen nicht-kommerziell funktioniert“, betont Felix von der Fahrradwerkstatt URRmEL.

Wie könnte das Konzept der Fahrradwerkstatt an der TU Darmstadt aussehen?

Aufgrund der Unterstützung durch die TU Darmstadt, der Stadt Darmstadt, der Hochschulgruppe Nachhaltigkeit und dem AstA, haben wir nicht die üblichen anfänglichen Probleme wie Standort, Anfangsfinanzierung und Weiterfinanzierung im laufenden Betrieb. So haben wir im Lenkungskreis Mobilität der TU Darmstadt unser Projekt vorgestellt und uns wurde ein Budget von 25.000€ für Baumaßnahmen bereitgestellt.

Fahrradspenden wird die Werkstatt von Privatpersonen, der Stadt Darmstadt und dem Studierendenwerk Darmstadt bekommen. Im Übrigen wird die Fahrradwerkstatt an der TU Darmstadt eine sehr gute Ausstattung mit Werkstatt-utensilien, Elektrowerkzeugen und Ersatzteilen besitzen.

Wie in Heidelberg und Kassel wird die Fahrradwerkstatt an der TU eine Selbsthilfwerkstatt sein. Das komplette Zubehör wird zur Verfügung gestellt, mit oder ohne Hilfe von ehrenamtlichen Fahrradreferent*innen des AstA könnt ihr dann euer Fahrrad selbst zusammenschrauben.

Aufgrund der Tatsache, dass jeder Mensch selbst entscheiden sollte, was ihr oder ihm eine Sache wert ist, wird die Fahrradwerkstatt ebenfalls wie in Kassel und Heidelberg durch Spenden der Nutzer*innen refinanziert. Somit ist es ein zu 100% studentisches, nicht-kommerzielles Projekt, das allen Menschen offen stehen soll.

Wo wird die Fahrradwerkstatt zu finden sein?

Von besagtem Lenkungskreis wurde uns ein Teil der Fahrradgarage am Audimax versprochen. Die ersten Baupläne stehen auch schon und werden geprüft und berechnet. In den nächsten Wochen wird nun eine Baugenehmigung von der Stadt eingeholt und im Anschluss die entsprechenden Baumaßnahmen vorgenommen. Da bis zur Erteilung einer Baugenehmigung bis zu drei Monate vergehen können, rechnen wir mit dem Abschluss des Projekts Anfang Mai.

Bei Fragen, Ideen und Anregungen bitte eine E-Mail an zengin@asta.tu-darmstadt.de

Block Dresden 2012 – Hintergründe und Notwendigkeit von Gegendemos & Blockaden

Jedes Jahr versuchen Nazis im Februar den größten Aufmarsch Europas im Zentrum von Dresden stattfinden zu lassen. Faschistische Organisationen versuchen, die Bombardierung Dresdens im zweiten Weltkrieg zu instrumentalisieren und, ungeachtet der damaligen Verbrechen des Nazi-Regimes, an den Opfermythos „unschuldiges Dresden“ anzuknüpfen.

Geschichtsrevisionismus nennt sich die Vorgehensweise der nationalsozialistischen Gruppierungen, die versuchen, ein wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich anerkanntes Geschichtsbild zu revidieren, indem bestimmte Ereignisse wesentlich anders als in der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft erklärt und/oder gedeutet werden. Diese Versuche relativieren nicht nur die Taten des nationalsozialistischen Deutschlands vor und während des zweiten Weltkriegs, es verhöhnt auch die Opfer des Holocaust und ihre Nachfahren.

Das Grundgesetz besagt bereits in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Trotzdem gestattet der Staat immer wieder aufs Neue den Aufmarsch von Gruppierungen, die menschenverachtendes Gedankengut vertreten. Die Ignoranz der Stadtverwaltung und mangelndes Problembewusstsein der Dresdener Bevölkerung haben dazu beigetragen, dass dieser Aufmarsch mit zwischenzeitlich bis zu 7.000 Nazis stattfinden konnte.

In der Folge haben sich viele verschiedene, breit aufgestellte Bündnisse gegen den Geschichtsrevisionismus und die faschistischen Aufmärsche geformt. Eines der größten Bündnisse ist „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“, dem es in den vergangenen zwei Jahren gelungen ist, mehr als 20.000 Menschen zu mobilisieren und die Naziaufmärsche zu blockieren.

Trotz einer skandalösen Politik in Sachsen, die bundesweit stark kritisiert wird, stellt sich das Bündnis gegen den Fackelmarsch der Nationalsozialist*innen, unterstützt

Betroffene vor den unverhältnismäßigen Maßnahmen der sächsischen Polizei und Staatsanwaltschaft und mobilisiert gegen den kommenden Naziaufmarsch.

Auch der ASTa der TU Darmstadt unterstützt das Bündnis und organisiert Busfahrten zu den Anti-Nazi-Demonstrationen in Dresden. Unter dem diesjährigen Motto „Block Dresden 2012 - Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist“ wird es in diesem Jahr Proteste und Blockaden gegen die geplanten Naziaufmärsche geben.

Dieses Mal werden an zwei Tagen Aufmärsche stattfinden. Am 13.02. wird es einen „Trauermarsch“ geben, zu dem die Nazis derzeit gezielt mobilisieren. Wir rechnen an diesem Tag mit bis zu 2.000 Nazis, die es aufzuhalten gilt. Eine europaweite Mobilisierung zu einem großen Aufmarsch am auf den „Trauermarsch“ folgenden Samstag bleibt dieses Jahr scheinbar aus, was sicherlich auch auf die erfolgreichen Blockaden der vergangenen zwei Jahre zurückzuführen ist. Wir rechnen dennoch damit, dass aktionsorientierte Nazis am 18. Februar nach Dresden reisen werden, denen es entgegenzutreten gilt. Seitens des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ ist für diesen Tag zudem eine Großdemonstration gegen staatliche Repression und die Kriminalisierung von Antifaschist*innen geplant. Die Fahrt nach Dresden lohnt somit auch in jedem Fall am 13. und 18. Februar 2012!

Wir überlassen den Nazis keinen Meter Straße. Wir blockieren ihren Aufmarsch auch 2012 - bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Stichwort Blockaden

Immer wieder kursiert das Gerücht, dass Blockaden illegal seien. Gestützt werden solche Meinungen von Polizei und Städten, die immer wieder versuchen, (Gegen-)Demonstrant*innen an Blockaden zu hindern oder auch Vorbereitungsveranstalt-

ungen durch verschiedenste Maßnahmen zu unterbinden.

Tatsächlich gibt es bereits ein Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgericht (BVerfG), welches klarstellt, dass bestimmte Formen von Demonstrationen auch Blockaden sein können und dies strafrechtlich nicht verfolgbar ist. So titelte die Frankfurter Rundschau in ihrem Artikel zum Urteil: „Karlsruhe hat die Rechte von Demonstranten bei Sitzblockaden gestärkt. Die seien keine strafbare Nötigung, wenn die politischen Ziele der Demonstranten die von der Blockade ausgehende Gewalt überwiegen“.

Das Gericht schreibt in seinem Urteil: „Der Umstand, dass die gemeinsame Sitzblockade der öffentlichen Meinungsbildung galt [...], macht diese erst zu einer Versammlung“

Das BVerfG zeigt somit ganz klar, dass Blockaden eine Demonstration im Sinne des Grundgesetzes darstellen können, auch wenn rechtsorientierte Gruppierungen und Politiker*innen immer wieder versuchen, dies zu kriminalisieren.

Abfahrt

Darmstadion, Vormittag des 13. / früher Morgen des 18.

Rückfahrt

Dresden, Nacht des 13. / Abend des 18.

Fahrtpreis nach Selbsteinschätzung

5€ / 10€ / 15€

Kartenvorverkaufsstellen

ASTa TU Darmstadt
ASTa Hochschule Darmstadt
DGB Jugend-Büro im DGB-Haus

Aktionstraining

11.02. / 15:00 Uhr / 603qm

Mehr Infos

www.asta-tud.de/dresden

Burschenschaften und Verbindungen - eine „günstige“ Alternative?!



Burschi nach einem Pflichtbesäufnis Foto: Privat

Immer wieder stößt mensch bei der Zimmersuche auf einschlägigen Internetseiten über fast schon ungläubliche Wohnungsangebote, die z.B. ein 19 m²-Zimmer für gerade einmal 150 € versprechen. Die alte deutsche Burschenschaft Germania, die im extrem rechten Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) organisiert ist, betreibt gar eine eigene Seite für Wohnungssuchende - Details über die politische Ausrichtung oder näheres zum rigiden Ehren- und Verhaltenskodex der Verbindung sind auf dieser Seite selbstverständlich nicht zu finden. An-

gesichts der desolaten Wohnungssituation in Darmstadt hoffen die zahlreichen Darmstädter Verbindungen mit günstigen Lockangeboten auf neuen Nachwuchs - doch wie so oft haben derart billige Angebote einen gehörigen Haken.

Vielen Wohnungssuchenden, die nach ihrem Abitur nach Darmstadt ziehen um ein Studium zu beginnen, ist zumeist nicht einmal klar, was überhaupt Studentenverbindungen sind, zumal diese in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung so gut wie keine Rolle mehr spielen. In diesem Milieu tummeln sich zahlreiche, unterschiedliche Verbindungsformen, die oft über ein anderes Brauchtum verfügen und deren politische Positionsbestimmung schwierig ist. So verlangen sie z.B. nicht alle eine Pflichtmensur, sprich: ein archaisch anmutendes, rituelles Duell mit scharfen Waffen, in dem vor allem „Mut, Standhaftigkeit und Männlichkeit“ bewiesen werden sollen. Es lässt sich jedoch sagen, dass sich das Spektrum von der sog. politischen „Mitte“ bis weit in die militante Neonazi-Szene erstreckt und die Übergänge zwischen offen völkischen DB-Burschenschaften und vorgeblich „unpolitischen“ Corps und Landsmannschaften oft fließend sind: So nahm z.B. eine Darmstädter Landsmannschaft noch vor wenigen Jahren Neonazis auf und auch bei gemeinsamen Veranstaltungen haben die „Burschen“ jeglicher Couleur nur wenige Berührungspunkte mit den „Schmuddelkindern“ vom rechten Rand.

Auch wenn bei Brauchtum und politischer Ausrichtung marginale Unterschiede existieren mögen, so gibt es doch Gemeinsamkeiten, welche so gut wie alle Verbindungen teilen. So verstehen sich christliche Verbindungen, Corps, Burschen-, Landsmann-,

Turner- und Sängerschaften allesamt als Männerbünde, in denen Frauen allenfalls als schmückendes Beiwerk bei Feiern akzeptiert sind. Jene Feiern dienen zumeist nicht dem Zwecke der Geselligkeit oder gar Unterhaltung, sondern haben auch den Sinn, neuen Verbindungsmitgliedern korporierte Verhaltensregeln beizubringen. Ein Blick in den sog. „Biercomment“, d.h. das Reglement für die ritualisierten Massenbesäufnisse „auf“ den Verbindungshäusern (sog. „Kneipen“), lässt erahnen, dass es hier weniger um Spaß, sondern vielmehr um die Einübung von Gehorsam und die Internalisierung von Hierarchien geht. Neue Mitglieder, sogenannte „Füxe“, sind hierbei ganz unten in der Hackordnung angesiedelt und müssen jegliche Anweisungen der älteren „Bundesbrüder“ unbedingt erfüllen, auch wenn dies bedeutet, sich bis zum Erbrechen oder gar zur Bewusstlosigkeit zu betrinken.

Neben der Kritik an der sporadisch zu beobachtenden Nähe zur extremen Rechten, der in jedem Falle sexistischen Grundausrichtung und dem autoritär-hierarchischen Aufbau von Verbindungen, sollen abschließend noch pragmatische Argumente gegen den Beitritt in eine solche angeführt werden. Zwar lässt es sich recht günstig „auf“ den Häusern leben, bei den meisten Verbindungen ist jedoch bereits nach wenigen Semestern der Auszug erforderlich, um Platz für neue Mitglieder zu schaffen. Aufgrund des sogenannten „Lebensbundprinzips“ der Verbindungen, subventioniert Mann diese Art des günstigen Wohnens jedoch ein Leben lang mittels hoher Mitgliedsbeiträge. Ein Zimmer in einer „gewöhnlichen“ WG, oder in einem der Darmstädter Studierendenwohnheime dürfte somit langfristig ohnehin günstiger sein.